



# Sitzungsvorlage

Nr.:	186a/2005
ausgefertigt am:	05.10.2005
Fachamt:	Amt Schulen- und Kulturverwaltung
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none"><li>– Kreisausschuss</li><li>– Kreistag</li></ul>

## Tischvorlage

### **Schülerbeförderung im Landkreis Cuxhaven – Einführung einer Winterregelung hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.09.2005**

Bezüglich des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.09.2005 verweise ich auf die Sitzungsvorlage Nr. 186/2005.

#### Stellungnahme der Verwaltung:

Die Einführung einer Winterregelung würde sowohl für den Landkreis als auch für die betroffenen Unternehmer zu einem erheblichen Mehraufwand führen. Aus diesem Grunde gibt es eine solche Regelung - soweit bekannt – auch in keinem anderen Landkreis in Niedersachsen. Sämtliche erforderliche Daten müssten sowohl von den Schulen als auch von der Verwaltung einer erneuten bzw. doppelten Überprüfung unterzogen werden.

Die Unternehmer müssten für die Betroffenen ein neues Fahrkartensystem entwickeln, aus dem eindeutig ersichtlich ist, wer für das gesamte Schuljahr und wer nur für die Wintermonate einen Beförderungsanspruch hat. Dieses ist auch dort mit einem organisatorischen und kostentechnischen Aufwand verbunden.

Die Alternative dazu, Fahrkarten, die als Jahreskarten ausgegeben werden, nur für die Wintermonate auszuhandigen und im Frühjahr wieder einzuziehen, ist unpraktikabel. Es wäre Aufgabe der Schulen, die im Frühjahr nicht mehr anspruchsberechtigten Kinder anzusprechen und ihnen die Fahrkarten abzunehmen. Wenn diese dem nicht nachkämen, müsste seitens des Landkreises als Kostenträger mit hohem verwaltungsmäßigen Aufwand versucht werden, die Fahrkarten einzuziehen.

Eine Vorauslage der Eltern gegen Fahrkostenerstattung durch den Landkreis wäre ebenfalls mit einem erheblichen personellen Mehraufwand verbunden.

Auch ist damit zu rechnen, dass die Unternehmer in manchen Bereichen durch das gestiegene Fahrgastaufkommen zusätzliche Kapazitäten bereithalten müssten. Dieses wäre mit zusätzlichen Kosten verbunden, die durch die vom Landkreis zu zahlenden Fahrgelderlöse nicht kompensiert werden könnten.

Unter Berücksichtigung der Weihnachts- bzw. Osterferien wäre bei Einführung der Winterregelung mit Mehrkosten in Höhe von ca. 70.000,- € pro Jahr zu rechnen. Hinzu käme der organisatorische bzw. personelle Mehraufwand, der sich mit vertretbarem Aufwand nicht im Vorhinein beziffern lässt, aber in jedem Falle als unverhältnismäßig hoch zu bezeichnen wäre.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Einführung einer Winterregelung wird abgelehnt.